

Ressort: Politik

BAMF: Islamismus-Prävention ist zunehmend gefragt

Nürnberg, 07.02.2018, 01:00 Uhr

GDN - Immer mehr Angehörige von mutmaßlichen oder tatsächlichen Islamisten nehmen die Dienste der Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie ihrer bundesweiten Partnerberatungsstellen in Anspruch. Das ergibt sich nach einem Bericht der "Berliner Zeitung" (Mittwochsausgabe) aus einem Bericht des BAMF-internen Forschungszentrums.

Demnach gingen seit Freischaltung der entsprechenden Hotline im Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2016 insgesamt 3.163 Anrufe ein; daraus wiederum ergaben sich 854 Beratungsfälle. Der Anstieg war kontinuierlich. Spitzen standen offenbar in Zusammenhang mit Terroranschlägen in Paris, Würzburg oder Ansbach. Aus der Gesamtzahl der gemeldeten Fälle gingen 238 sicherheitsrelevante Fälle hervor. In 40 Prozent der Fälle wussten die Sicherheitsbehörden bereits vorher Bescheid. Wörtlich heißt es in dem Bericht: "Vor allem Beratungsfragen im Flüchtlingskontext haben zugenommen. Grund ist die erhöhte Sensibilisierung in Folge der Anschläge in Frankreich, Belgien und Deutschland seit 2015." Allerdings würden "aufgrund der Sensibilisierung inzwischen auch gehäuft Sorgen hinsichtlich eines möglichen Radikalisierungsgeschehens vorgebracht, die nach - teils aufwändiger - Prüfung zerstreut werden können. Zudem melden sich Angehörige des sozialen Umfelds mittlerweile früher." 2012 und 2013 hätten sie sich "erst nach ein- bis zweijähriger Leidensgeschichte" gemeldet oder wenn die radikalisierte Person schon in Richtung Syrien oder Irak ausgereist sei. Kritisch wird in dem Bericht angemerkt, dass die Bezahlung der Mitarbeiter "oft als unzureichend empfunden wird". Eine weitere Herausforderung sei die Rekrutierung geeigneten Personals. Nach Angaben des Bamf bekommen zwei direkt von ihm geförderte Beratungsstellen - Ifak in Bochum und Hayat in Berlin mit einer Außenstelle in Bonn - nun zusätzliche Mittel. Bislang sei derzeit bei beiden Trägern eine Aufstockung des Personals um ein bis zwei Stellen geplant, teilte eine Sprecherin der "Berliner Zeitung" mit. Daneben finanzierten die Bundesländer eine Vielzahl von weiteren Beratungsstellen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-101728/bamf-islamismus-praevention-ist-zunehmend-gefragt.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com